Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzel. Numm. 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Lafitte, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., **Bankgeschäft,** jetzt Schloss-Strasse 19, Ecke der Sporergasse.
An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle der Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Otto Wolff, **Patent-Anwalt** Schloss-Strasse 12, I.
Besorgung und Verwerthung von **Patenten** im In- und Auslande.
Registrirung von **Fabrikmarken** und **Musterschutz.**
Auskünfte über alle Patent-Angelegenheiten.

Charles Buck, **pract. Zahnkünstler,** Reitbahnstrasse 32, I. Et.
Künstliche Zähne werden von mir auf vervollkommnete Art angefertigt, dass nicht nur das Einsetzen gänzlich schmerzlos, sondern diese von mir gefertigten Piecen in jeder Beziehung die natürlichen Zähne ersetzen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben liegen zur Durchsicht aus.

Nr. 118. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Veränderlich, vorwiegend bedeckt, kühl, zeitweise regnerisch. **Dresden. Dienstag, 27. April.**

Für die Monate Mai und Juni

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, zu 1 Mark 70 Pfg., sowie für auswärts bei den Postämtern zu 1 Mark 84 Pfg. angenommen.

Politisches.

Ueber die Beschlußunfähigkeit, mit welcher die Sonnabendsitzung des Reichstages endete, wird sich Niemand sonderlich echauffiren. Die Zeiten sind längst vorbei, da man noch eine unverzeihliche Pflichtvergessenheit darin fand, wenn nicht die Hälfte der Abgeordneten + 1 ihrem Auftrage nachkam. Schon seit langer Zeit faßt der Reichstag seine Beschlüsse, ohne daß die gesetzlich vorgeschriebene Zahl Abgeordneter sich daran betheiligt. Das wird nur deshalb nicht weiter bekannt, weil Niemand so chicanös ist, eine Auszählung des Hauses zu beantragen. Nur wenn bei einer Abstimmung die Zahl der Ja's und Nein's ziemlich gleich groß ist und daher das genaue Stimmverhältniß mittelst Hammelsprunges oder Namensaufrufes ermittelt werden muß, kommt die Beschlußunfähigkeit heraus. Der Reichstag ist eben an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit und Ausdauer angelangt. Das ist am Schlusse einer so arbeitsreichen Session wohl zu begreifen. Militärvorlage, Sozialisten- und Wuchergesetz, vom Haushalte und den Commissionsarbeiten abgesehen, das ist ein genügendes Arbeitspensum. Es tritt zu der Ermüdung der Abgeordneten aber noch ein Moment hinzu: die Scheu, dem Volke neue Lasten aufzulegen. Bekanntlich soll gerade der Schluß des Reichstages dazu gebraucht werden, eine Anzahl neuer Steuern noch durchzuquetschen: Börsen-, Quittungs-, Wehr-, Bier-, Branntwein- und Tabaksteuer. Es giebt wohl im ganzen Reichstage keinen einzigen Enthusiasten für dieses Steuerbouquet. Und doch fehlt es an dem bischen Courage, dieses Bouquet zu zerpflücken. Man hilft sich durch ein nicht gerade tapferes Mittel: man drückt sich sachte weg, um der Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Die jetzige Beschlußunfähigkeit des Reichstages ist zur Hälfte Ermüdung, zur Hälfte Verdrossenheit der Abgeordneten. Hielte letztere ernstlich vor, so könnte sich das Volk recht wohl dazu gratuliren. Denn, während andere Völker sich von ihren Parlamenten Abhilfe von Uebelständen, Erleichterungen und Wohlthaten versprechen, hat das deutsche Volk alle Ursache, jedem Zusammentreten des Reichstages mit Besorgniß entgegen zu sehen. Bisher hat jeder Reichstag nur neue Lasten gebracht. Verblutet sich der jetzige an der Beschlußunfähigkeit, so würden dem Volke jedenfalls erhebliche Mehrbelastungen erspart.

Diese oder jene Steuer wird aber sicher bewilligt. Beschränkte sich dies auf die Börsensteuer, so könnte das Volk wohl zufrieden sein. Aber Größeres wird ihnen angesonnen. Die ganze Erhöhung der indirecten Steuern im Betrage von 130 Millionen Mark, die der letzte Reichstag beschloß, genügt bei Weitem nicht mehr. Die erhöhten alten und die ganz neuen indirekten Steuern lieferten nicht die erwarteten Beträge. Man hatte den alten Satz vergessen, daß jede neue Steuer die alten dünner fließen macht. Namentlich hat sich die Verheißung des Fürsten Bismarck nicht erfüllt, daß die Erhöhung der direkten Steuern eine Ermäßigung der indirekten bewirken würde. In Preußen zahlt man die Klassensteuer, in Sachsen die 50 Proc. Zuschlag zur Einkommensteuer so gut wie damals, als Petroleum, Holz und Getreide noch zollfrei, Kaffee, Reis, Rosinen und viele andere Colonialwaaren niedriger zollpflichtig waren. Unbelehrt durch die Erfahrung, daß man nicht ins Unendliche hinein neue Steuern auflegen kann, ohne damit die Erträge der alten zu schmälern, soll jetzt das Steuer-Experiment wiederholt werden. Nur begegnet jene Versicherung von der gleichzeitigen Ermäßigung der direkten Steuern noch stärkerem Unglauben. Es ist ferner noch gar nicht zu übersehen, wie sich die Steuer-Ideen des Fürsten Bismarck im Zusammenhange ausnehmen. Vielfach stellt man die Behauptung auf: nur deshalb würden so vielerlei Steuern und zwar in der letzten Minute vorgeschlagen, damit sie der Reichstag ablehne und den Vorwand liefere zu der Forderung, nun sei er verpflichtet, das Tabaksmonopol zu bewilligen. Da meinen wir denn: mag es nur der Reichstag darauf ankommen lassen! einen Vorwand zu liefern. Jedenfalls gehen wir sehr interessanten Schauspielen im Bundesrathe und Reichstage entgegen.

Große Aufregung herrscht in Hamburg. Der Vorschlag Preußens, nicht blos die preußische Stadt Altona, sondern auch einen Theil der Hamburger Vorstadt St. Pauli dem Zollvereinsgebiete einzuverleiben wird als ein Gewaltakt angesehen. Altona und St. Pauli hängen bekanntlich so eng zusammen, daß es unmöglich ist, dazwischen eine Zollgrenze zu ziehen. Einzelne Theile desselben Hauses und Hofes gehören nach Altona, andere nach Hamburg. Preußen ist jederzeit berechtigt, zu verlangen, daß seine Stadt Altona dem Zollverein beitrete. Es hat auch guten Grund dazu, denn Altona geht in seinem Wohlstande unter der drückenden Concurrenz Hamburgs zurück. Aber da die Reichsverfassung vorschreibt, daß die Freihafenstellung Bremens und Hamburgs nur auf ihren eigenen Antrag beseitigt werden kann, so heißt es der Verfassung Gewalt anthun, wenn man durch eine Mehrheit im Bundesrathe gegen den Willen dieser freien Städte beschließen wollte: ihr müßt einen Theil von Euch vom Zollverein annektiren lassen. Wir hoffen, daß die Bundesregierungen, die auf Erhaltung ihrer Rechte Werth legen, nicht helfen werden, die anderer Bundesstaaten zu beugen. In der Sache selbst wünschen wir lebhaft, daß die Hansestädte freiwillig auf ihre Freihafenstellung verzichten. Diese paßt sich nicht mehr und den Seestädten ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie ihr Privileg bisher zum Schaden Gesammtdeutschlands gemißbraucht und damit selbst den Vorwand zu dem Unrecht geliefert haben, das sie an sich jetzt erfahren sollen. Was hat Hamburg gethan, um den Export der deutschen Industrie-Erzeugnisse zu beleben? Hamburg hat im Interesse Englands Magazine und Lagerplätze die schwere Menge in bester Lage geschaffen, um die Waaren des Auslands zu uns herein zu fördern; die Zollvereinswaaren jedoch mußten sich 13 Jahre lang in einer Niederlage auf der Sternschanze behelfen. Nach diesem entlegenen Winkel — Dank der Leistungen der Aera Delbrück! — sahen sich die Güter deutscher Erzeugung verbannt, nur selten verirrte sich ein auswärtiger Besteller dahin. Es ist eine Lebensfrage mit für die deutsche Export-Industrie, daß sie in dem größten Hafen des Vaterlandes einen genügenden Stapelplatz erlange, in dessen Lagern eine dauernde Ausstellung deutscher Arbeitsleistungen dem Bedürfniß der ausländischen Käufer entsprechend eingerichtet wird. Dieser deutsche Markt wird sie ebenso anziehen, wie die Centren englischer und französischer Produktion. Also in der Sache selbst müssen wir wünschen, daß Hamburg den berechtigten Wünschen Deutschlands entgegenkommt, wenn wir auch die Anwendung von Gewalt verwerfen.

Gambetta hat viel an seinem Rufe als Kammerpräsident eingebüßt. Alle Besonnenheit verließ ihn bei den Scenen, die unsere Tagesgesch. schildert. Er war viel zu hitzig und verwendete unnöthige Strenge gegen Godelle, einen der geachtetsten Bonapartisten, der nur die Wahrheit aussprach, daß auf Albert Grevy, dem Gouverneur von Algier, dem Bruder des Präsidenten, ein schimpflicher Verdacht ruhe. Es ist eben Thatsache, daß dieser Republikaner wie viele andere gleich Raubvögeln über die Bevölkerung Algiers hergefallen sind, um sich schmachvoll zu bereichern. Er bezahlte aus der Staatskasse einer Eisenbahn die Zinsen von 65, statt blos von 50 Millionen, die der Staat verpflichtet ist und hatte an der Differenz seine Procente. Dieser saubere Mensch sitzt außerdem die ganze Zeit in Paris und regiert von dort aus mittelst Telegramm die Colonie. Niemals hat dieselbe eine so unheilvolle despotische Regierung gehabt. Und Gambetta verhängt über den Ankläger dieses nur durch den krassesten Nepotismus auf seinen Posten gebrachten Menschen eine starke Strafe! Gambetta veranlaßt die Republikaner, den Bonapartisten Godelle von 15 Kammersitzungen auszuschließen, ihm die Diäten auf 2 Monate um die Hälfte zu entziehen und diesen Beschluß in 200 Exemplaren in seinem Wahlkreise anzukleben. Der Wahlkreis Godelle's umfaßt den vornehmsten Theil von Paris, in dem auch der Elyseepalast, den Präsident Grevy bewohnt. An dessen Wohnung wird nunmehr die Bestrafung Godelle's angeschlagen, weil dieser den Bruder des Präsidenten einen öffentlichen Dieb genannt hat!

Victoria, Königin von England, hat sich wohl oder übel entschließen müssen, Gladstone zu ihrem Premier zu ernennen. Paris, dem ungerathenen Sohn des Priamus, kann dereinst die Wahl zwischen den drei vor ihm in unverhüllter Schönheit dastehenden griechischen Göttinnen nicht so schwer gefallen sein, als der bejahrten Victoria die Wahl unter den 3 Staatsmännern. Die Klugheit hätte ihr rathen sollen, so rasch wie möglich zu Gladstone zu greifen, aber bei den Frauen, selbst den gekrönten, überwiegt das Gefühl. Nun hat sie die Fatalität, daß der verhaßte Mann doch noch seinen Willen ihr gegenüber durchsetzt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 26. April. Seine Majestät der Kaiser hat gestern Nachmittag dem Reichskanzler Fürsten Bismarck einen Besuch abgestattet.

Wiesbaden, 26. April. Seine Majestät der Kaiser ist heute Vormittags hier eingetroffen und wurde von den Spitzen der Behörden empfangen. Der Kaiser fuhr im offenen Wagen durch die beflaggte Wilhelmstraße nach dem Schlosse und wurde überall enthusiastisch begrüßt.

Berlin, 26. April. Reichstag. Auf der Tagesordnung die Anträge der Abgg. v. Seydewitz, Ackermann u. Gen. auf Abänderung der Gewerbeordnung. Bezüglich des Gewerbebetriebes der Schauspielunternehmer (Ref. Frhr. v. Soden) beantragt die Kommission: „Schauspielunternehmer bedürfen zum Betriebe ihres Gewerbes der Erlaubniß. Dieselbe ist zu versagen, wenn die Behörde auf Grund von Thatsachen die Ueberzeugung gewinnt, daß der Nachsuchende die zu dem beabsichtigten Gewerbebetriebe erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere in sittlicher, artistischer und finanzieller Hinsicht nicht besitzt". Referent betonte u. A., der Nachweis der artistischen Befähigung solle natürlich nicht durch ein Probespiel, sondern durch Zeugniß Sachverständiger geliefert werden. Löwe-Bochum gegen den Antrag. Die alten Theater seien nicht sittlicher als die neuen; die königlichen Hofbühnen seien keine Musteranstalten. Man sage, das Publikum verlange die gebotene Kost; aber die Vorstellungen Shakespearescher und Schiller'scher Dramen seien stets gefüllt. Die finanziellen Forderungen, die der Antrag stelle, gebe dem unglücklichen Schauspielunternehmer Anspruch auf Staatshilfe. Es fehle an guten Schauspielern; man müsse dafür Anstalten errichten, wie sie für die Musiker bestehen. Kleist-Retzow für den Antrag. Man erhoffte von der absoluten Theaterfreiheit eine Hebung des Theaters; das Gegentheil davon sei eingetreten. Anstatt erziehlichen Einfluß zu üben, seien die Theater vielmehr Verderbnißstätten. Allerdings müßten erst die Höhen beleuchtet werden, ehe das Licht in die Thäler dringe; der Schaden sei aber durch die unermeßliche Konkurrenz hervorgerufen worden. Dr. Baumbach namens der Nationalliberalen gegen den Antrag, weil die bestehenden Bestimmungen ausreichen. v. Helldorf-Bedra: Der Antrag enthalte nur eine bestimmte Auslegung der jetzt von der Gewerbeordnung geforderten Zuverlässigkeit. Man wolle nicht etwa große Reformen des Theaters, sondern nur die Beseitigung der äußersten Auswüchse. Richter-Hagen: Es handle sich nicht um Sittlichkeit und Unsittlichkeit, sondern der Kern des Antrages sei: Unterdrückung der Volks- durch die Hoftheater. Das ganze Material für den Antrag bestehe in dem Buche: „Das deutsche Theater und seine Zukunft", für das alle Zeitungen Reklame machten, weil es einen der Leiter des Preßbureaus zum Verfasser habe. Man spreche von Theaterfreiheit; aber es dürfe ja kein Stück gegeben werden, das nicht von der Polizei geprüft worden sei. Alle Stücke gingen durch die Censur, bis auf den „Geschundenen Raubritter", der nicht schlechter sei, als alle rheinischen Gallimathiasstücke. Die Polizei messe auch die Schürze der leichtgeschürzten Muse nach. Die Einführung des thatsächlichen Monopols habe das Theater nicht. Er wünscht nochmalige Erörterung der Angelegenheit und zwar in ihrem Zusammenhange, u. A. auch über die Grenzen der Censur. Abg. Windthorst für den Antrag, obgleich ihm derselbe nicht weit genug geht. Es gebe zu viel Theater, namentlich auch in Berlin (Widerspruch), und viele derselben wären weder Erholungs-, noch Kunststätten. Lasker mahnte: Lassen Sie sich im Anfang Ihrer reaktionären Aera nicht zur Uebereilung in gesetzgeberischer Hinsicht hinreißen. v. Helldorf-Bedra entgegnete, daß seine Partei bisher nur maßvollst vorgegangen. Dr. Reichensperger-Crefeld für den Antrag. Derselbe ward schließlich gegen die Stimmen der Fortschrittler und Nationalliberalen mit 125 gegen 90 Stimmen angenommen. Dann berichtete der Abgeordnete Schmiedel über die Anträge der Gewerbeordnungskommission auf Mittheilung der über den Gewerbebetrieb der Auctionatoren angestellten Erörterungen, entsprechenden Falles unter Vorlegung eines bezüglichen Gesetzentwurfes, sowie auf Erledigung der Fragen über Wanderlager und Waaren-Auctionen bei der in Aussicht gestellten Gewerbe-Ordnungs-Revision, wobei zugleich die diesbezüglichen Anträge v. Seydewitz zur Erwägung empfohlen werden. Dr. Baumbach Namens der nationalliberalen Partei gegen diese Erwägung. Ackermann gab eine Darlegung des Gebahrens und Treibens der Wander-Auctionen und befürwortete den Antrag der Kommission. Hierauf wurde die Sitzung vertagt.

Berlin, 26. April. Der Bundesrath nahm in zweiter Lesung die Anträge des Referenten zur Revision der Geschäftsordnung mit geringen Modifikationen an.

Mannheim, 26. April. Gestern wurde hier eine große Sozialistenversammlung aufgelöst und 5 Führer verhaftet.

Pest, 26. April. Das Finanzgesetz für 1880 weist ein Defizit von 19½ Millionen aus. Die Deckung soll durch restliche 15 Millionen Goldrente und dem Erlös zu verkaufender Bahnprioritäts-Obligationen geschehen.

Paris, 26. April. Im Ministerrath ist die Mehrheit gegen den Antrag des Deputirten Bert, auch die Geistlichen der allgemeinen Militärpflicht zu unterwerfen.

Lille, 26. April. Heute fanden anläßlich der Anwesenheit des Unterrichtsministers Ferry Straßentumulte statt. Es gab zwischen dessen Partisanen und den Klerikalen blutige Kämpfe.

Konstantinopel, 26. April. Die Vertreter aller Großmächte empfahlen der Türkei mittelst einer Collectivnote, das von der Türkei an Montenegro abgetretene, aber inzwischen von 7—9000 Albanesen besetzte Gebiet durch türkische Truppen wieder zu besetzen und dann entsprechend der Convention an Montenegro zu übergeben.

Locales und Sächsisches.

— Gestern Mittag 12 Uhr 20 Min. traf Ihre Majestät die deutsche Kaiserin, Königin von Preußen, von Berlin über Röderau kommend und auf der Reise nach Baden-Baden begriffen, hier ein. II. MM. König Albert und Königin Carola und II. KK. HH. Prinz und Prinzessin Georg, sowie Prinzessin Mathilde empfingen Ihre kaiserl. Maj. am Bahnhof, nach herzlichster Begrüßung im Königszimmer des Bahnhofes fuhren die Allerhöchsten Herrschaften per Equipagen über die Marienbrücke nach der königlichen Villa in Strehlen, woselbst ¼4 Uhr Familientafel stattfand. Der König sowohl wie Prinz Georg waren in den Uniformen ihrer preußischen Regimenter erschienen. Bei der Kaiserin befanden sich Graf Nesselrode und Gräfin Brandenburg. Die Weiterreise zunächst nach Weimar, trat die Kaiserin schon ½5 Uhr per Extrazug wieder an.

— Die sämmtlichen in Berlin anwesenden sächsischen Reichstagsabgeordneten, natürlich ohne Betheiligung der Sozialdemokraten, haben, dem „Dresdn. Journ." zufolge, am Geburtstage des Königs Albert an Se. Majestät ein Glückwunsch-Telegramm gerichtet, in welchem sie dem Könige auf's Neue unwandelbare Treue und tiefste Verehrung versicherten. Se. Majestät hat darauf in einer an den Vicepräsidenten Ackermann gerichteten telegraphischen Antwort herzlich gedankt. Bei einem Galadiner, an welchem außer diesen Abgeordneten die sächsischen Bundescommissare und nach Berlin, Potsdam und Spandau commandirte Offiziere theilnahmen, brachte der sächsische Gesandte, v. Nostitz-Wallwitz, den Toast auf den König aus.

— Unser berühmter Aesthetiker Prof. Dr. Hettner ist von langwieriger schwerer rheumatischer Krankheit glücklich genesen und hat dieser Tage seine Vorlesungen wieder aufgenommen. Im Polytechnikum standen bei seinem Wiedererscheinen die Polytechniker und sonstigen Hörer von ihren Sitzen auf und verharrten stehend, bis Dr. Hettner das Pult bestiegen hatte; einer der Herren Studirenden betonte, daß man der Freude, nunmehr wieder zu den Füßen des hochverehrten Meisters seinen Lehren lauschen zu können, Ausdruck geben wolle. So einfach der Akt gewesen, soll er doch den Gelehrten tief gerührt haben.

— In diesem Jahre werden die Gerichtsferien zum ersten Male im ganzen deutschen Reiche zu gleicher Zeit abgehalten, und zwar nach § 201 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 15. Juli bis 15. September. Zur Erledigung der unaufschiebbaren Sachen werden bei den Landgerichten „Ferienkammern", bei den Oberlandesgerichten und dem Reichsgericht „Feriensenate" gebildet.

— Berliner Bummelbriefe. Die Lucca singen, der Kanzler in den Reichstag kommen und dazu die Fischerei-Ausstellung — das war des Guten zu viel. Wenn sich das Alles erfüllt hätte, wären die Spree-Athenienser schließlich übermüthig geworden. Aber — mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Da ward Frau Lucca verschnupft — nicht bildlich (dazu hätte sie bei der begeisterten Aufnahme, die sie im nordischen Babel gefunden, wahrlich keine Ursache), sondern sehr physisch. Und der Schnupfen legte sich auf die Stimmbänder und, obgleich alle ärztlichen Autoritäten Berlins sich mit der Kurirung der kostbaren Stimmbänder beschäftigten, die Sache ging nicht so schnell — gut Ding will Weile haben. Und ein gutes Ding ist es schon um so ein paar Stimmbänder! Fürst Bismarck schont die seinigen mehr, als es den Berlinern lieb ist. Erst sollte er am Donnerstag kommen, um Richter-Hagen gegenüber das Tabaksmonopol zu vertreten; dann sollte er am Montag kommen, um vor der staunenden Welt seine neuesten Gedanken über allerlei steuerbare Objecte und Subjecte auszubreiten. Ja, in Kreisen, die für die Samoa-Vorlage begeistert sind, hoffte man sogar, er werde persönlich für dieselbe eintreten, nachdem der Herr v. Kusserow sein Versprechen, Bamberger'n ordentlich zu decken, nicht sehr ruhmvoll eingelöst hatte. Was man wünscht, glaubt man; ob's zutrifft, ist eine andere Frage. Weder der Richter'sche Antrag gegen das Tabaksmonopol, noch die Stempelsteuer sind bis jetzt wirklich auf der Tagesordnung erschienen; der mächtige Kanzler hat also noch keine Ursache gehabt zu kommen. Mit dem bischen übrigen Kram werden schon die Kleinen fertig; es kommt, wenn es eine große, eine Herkulesarbeit giebt. Es unterliegt also auch keinem Zweifel, daß er, wenn er kommt, gleich seine ganzen neuen Steuer- und Finanzpläne heranrollt: von der Stempel- zur Wehrsteuer und zum Tabaksmonopol. Aber wenn auch die Lucca nicht singt und der Kanzler sich nicht aus seiner Ruhe stören läßt — es bleibt noch immer die Fischerei-